

„In zehn Jahren Merkel dankbar sein“ – Was dieser Migrationsforscher heute über das Zitat sagt



Von **Friedrich Steffes-lay**
Redakteur Nachrichten & Gesellschaft

Stand: 01.12.2025 | Lesedauer: 8 Minuten



Flüchtlinge auf der Balkanroute im Jahr 2015

Quelle: picture alliance/dpa; Screenshot "Standard"/WELT; Montage: Infografik WELT/Christian Görke

Der österreichische Migrationsforscher Rainer Bauböck erwartete 2015 einen wirtschaftlichen Vorteil durch die Flüchtlingskrise für Deutschland. Noch heute sorgt eine Interview-Überschrift für Wut und Häme. Hier erklärt er, wie er zehn Jahre später zu seinen Aussagen steht.

Rainer Bauböck ist österreichischer Soziologe und Migrationsforscher. Zuletzt war er Professor für soziale und politische Theorie am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Seine Schwerpunkte liegen bei den Themen Staatsbürgerschaft, Integration und Demokratie.

WELT: Herr Bauböck, 2015 gaben Sie dem österreichischen „Standard“ ein Interview (<https://www.derstandard.at/2000024434319/migrationsforscher-baueock-in-zehn-jahren-wird-man-kanzlerin-merkel-dankbar>) über die Flüchtlingskrise, das bis heute in den sozialen Medien für Aufregung sorgt. „In zehn Jahren wird man Kanzlerin Merkel dankbar sein“, lautete ihr Zitat in der Überschrift. Wie haben Sie das gemeint?

Rainer Bauböck: Zuerst einmal habe ich viel differenzierter formuliert. Im Interview habe ich gesagt, und das war zugegebenermaßen unvorsichtig, in zehn Jahren werde man *wahrscheinlich* einer Kanzlerin Merkel dankbar sein. Die Überschrift wird bekanntlich nicht vom Interviewten gebastelt, sondern vom Journalisten.

Seitdem grassieren auf X und anderen sozialen Medien kontextlose Screenshots dieses Zitats. Dabei habe ich im Interview darauf hingewiesen, dass es natürlich kurzfristig Probleme bei massiver unkontrollierter Zuwanderung gibt, langfristig aber Vorteile für den Wirtschaftsstandort Deutschland und für die demografische Entwicklung zu erwarten sind. All das ist eingetreten.

WELT: Woran machen Sie das fest?

Bauböck: Vergleichen Sie Deutschland doch mit Staaten, die tatsächlich 2015 und 2016 zugemacht haben. Die schlechtere Wirtschaftsleistung und demografische Entwicklung Ungarns hängt auch damit zusammen, dass das Land nicht aufnahme- und integrationsfähig ist. Die Integration der syrischen Flüchtlinge in Deutschland hat laut Arbeitsmarktökonomien besser funktioniert als bei früheren Wellen von Geflüchteten. Die Beschäftigungsquote der 2015 Geflüchteten (<https://doku.iab.de/kurzber/2025/kb2025-17.pdf>) beträgt schon 64 Prozent, für die gesamte deutsche Bevölkerung liegt der Wert bei 70 Prozent.

WELT: Der Anteil von Frauen in Arbeit liegt in dieser Gruppe allerdings nur bei 35 Prozent und der Medianlohn ist weit unter dem, was deutsche Arbeitnehmer verdienen. Und man könnte auch sagen: Immer noch mehr als ein Drittel bezieht seit über zehn Jahren Sozialleistungen.

Bauböck: Dieses Drittel lässt sich auch durch die Aufnahmesituation erklären: lange Unterbringungen in Gemeinschaftsunterkünften und ein hoher Anteil von Familien mit Kindern, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Auch in dieser Gruppe gibt es aber einen allmählichen Rückgang.

Das größere Problem bei der Beschäftigung von Frauen ist tatsächlich kulturell geprägt. Sie finden das bei Herkunftsgruppen aus dem arabischen Raum durchwegs. Aus der Migrationsforschung weiß man jedoch, dass sich das mit der Zeit an die Durchschnittsbevölkerung angleicht. In der nächsten und übernächsten Generation wird das Bild anders aussehen, vorausgesetzt, die Integration wird gefördert und ermöglicht.

”

„ZU DENKEN, DASS GEFLÜCHTETE IN DIESER SITUATION NICHT ÜBER MEHRERE JAHRE AUF SOZIALLEISTUNGEN ANGEWIESEN SIND, IST NAIV“

WELT: Dennoch sind die [Hälfte aller Bürgergeldempfänger in Deutschland Ausländer](https://www.welt.de/wirtschaft/plus254837750/Buergergeld-Empfaenger-So-hoch-ist-der-Auslaenderanteil-unter-den-Beziehern.html), (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus254837750/Buergergeld-Empfaenger-So-hoch-ist-der-Auslaenderanteil-unter-den-Beziehern.html>) die acht häufigsten Asylherkunftsländer stellen den größten Teil davon.

Bauböck: Wie sollte es anders sein? Stellen Sie sich vor, da kommt eine Gruppe von Geflüchteten in ein anderes Land, muss die Sprache lernen, muss am Arbeitsmarkt ganz unten einsteigen, muss Qualifizierungen erwerben und hat Familien zu versorgen. Zu denken, dass Geflüchtete in dieser Situation nicht über mehrere Jahre auf Sozialleistungen angewiesen sind, ist naiv.

Richtig ist, dass verhindert werden muss, dass sozialstaatliche Leistungen zum Fernbleiben vom Arbeitsmarkt führen. Bei Familien mit vielen Kindern ist plausibel, dass die kinderbezogenen Sozialleistungen degressiv gestaltet werden.

In europäischen Ländern ist der Sozialstaat üblicherweise gut ausgebaut und es ist aus rechtsstaatlichen Gründen schwierig, Asylwerber einfach davon auszuschließen. Auch wahr ist: Für einen Sozialstaat, in dem relativ viel umverteilt wird, ist es schwieriger, in einem kurzen Zeitraum eine große Zahl von unkontrolliert Zugewanderten aufzunehmen.

WELT: Erschwert ein gut ausgebauter Sozialstaat die Integration in den Arbeitsmarkt?

Bauböck: Wenn eine große Zahl von Menschen in einen Sozialstaat mit starken Umverteilungsmechanismen hineinkommt, erzeugt das erstmal Stress – und schnell eine Neiddebatte.

Dieses Problem stellt sich nicht in gleicher Weise für die allergrößte Zahl der Geflüchteten aus Syrien, die in der Türkei, im Libanon und in Jordanien aufgenommen worden sind. Das sind ja mehrere Millionen Menschen mehr, als nach Europa gekommen sind. Da das keine ausgebauten Sozialstaaten sind, funktioniert die Integration dort anders. Die Leute müssen sich genauso wie die Bevölkerung durchschlagen und selbst ihre Jobs im informellen Sektor aufbauen. Deswegen erscheint dort eine größere Zahl von Menschen integrierbar, als das in europäischen Sozialstaaten der Fall ist.

WELT: Das würde so mancher als Argumentationsgrundlage dafür sehen, die Leistungen herunterzufahren. Gesetze lassen sich ändern.

Bauböck: In Österreich ist es so: Asylwerber sind im Sozialrecht deutlich schlechter gestellt als andere Gruppen. Erst wenn sie anerkannte Flüchtlinge werden, haben sie Anspruch in gleicher Weise auf die soziale Grundsicherung. Für Asylwerber und subsidiär Schutzberechtigte gibt es tatsächlich nur eine Grundversorgung, von der man nicht leben kann.

Nun kommt das Paradoxe: Während die Leistungen gesenkt wurden, sind diesen Flüchtlingen gleichzeitig Arbeitsverbote auferlegt. Das stellt Politiker vor ein Dilemma: Mache ich den Arbeitsmarkt auf, dann hilft das der Integration und erspart Leistungen im Sozialstaat und die Neiddebatte. Gleichzeitig gibt es Menschen Anreize, den Asylweg zu suchen, um in dieses Beschäftigungssystem zu kommen.

”

„ES GIBT WENIG EVIDENZ DAFÜR, DASS DAS SOZIALSYSTEM EIN PULL-FAKTOR IST“

WELT: Sind großzügige Sozialleistungen nicht ein noch größerer Pull-Faktor als ein schneller Zugang in den Arbeitsmarkt?

Bauböck: Es gibt wenig Evidenz dafür, dass das Sozialsystem ein Pull-Faktor ist. Plausibler ist, dass Menschen mit den finanziellen Mitteln für den schwierigen Weg nach Deutschland vor allem auf eine bessere Zukunft durch Beschäftigung hoffen. Das ist eine sinnvollere ökonomische Strategie, als in Deutschland in der Armutsfalle stecken zu bleiben.

Wenn man verhindern will, dass es zu dieser gemischten Migration aus Asyl- und wirtschaftlicher Migration kommt, muss man legale Kanäle für ökonomische Migration schaffen. Aber die Frage nach dem Fluchtgrund stellte sich im Fall Syrien ja nicht, da war schließlich Bürgerkrieg.

WELT: Die Fluchtgründe der Syrer sind evident. Trotzdem ist auffällig, dass ein sehr großer Teil nach Deutschland gekommen ist. Es lagen ja viele Länder auf dem Weg, in denen man sich auch hätte niederlassen können.

Bauböck: Deutschland ist nun einmal das größte Land Europas und wenn man nicht die absoluten Zahlen vergleicht, dann relativiert sich das Bild. Pro Kopf haben Österreich und Schweden beispielsweise mehr Flüchtlinge aufgenommen.

WELT: Wenn die Entwicklung ihrer Forschung nach so positiv ist, warum wird ihre Einschätzung aus dem „Standard“-Interview noch immer so wütend und hämisch kommentiert?

Bauböck: Im historischen Rückblick hat sich die Stimmung durchgesetzt, dass Merkels Offenhalten der Grenzen ein Fehler war. Dieses Meinungsbild ist unbestreitbar. Es macht Schlagzeilen, wenn Migration zum Sicherheitsthema wird, etwa bei Anschlägen oder wenn die Nachbarschaft den Bach hinuntergeht. Das trübt das Gesamtbild.

Aber Empörung wirkt wie ein mentaler Filter – man blendet alle Argumente und Fakten aus, die gegen die eigene Meinung sprechen. Ich fürchte, ich bin selbst in eine Empörungsmaschine geraten. Erstaunlicherweise werde ich nach zehn Jahren noch immer mit E-Mails bombardiert. Dabei haben die wenigsten von denen, die das Zitat aufgreifen, das Interview wirklich gelesen, denn ich habe damals durchaus auf Probleme hingewiesen. Doch ohne die Migration nach 2015 und 2022 hätten wir laut ziemlich einhelliger Meinung von Ökonomen schlechtere Ausgangsbedingungen für die Herausforderungen, die auf Deutschland und auf ganz Europa zukommen.

”

„DER UNVORSICHTIGE TEIL MEINES ZITATS BESTAND DARIN, NICHT GLEICH DAZU ZU SAGEN, DASS DIE DANKBARKEIT AUCH VON DER POLITISCHEN ENTWICKLUNG ABHÄNGIG SEIN WÜRD“

WELT: Im deutschsprachigen Raum werden Interviews üblicherweise vor der Veröffentlichung noch einmal zur Autorisierung vorgelegt. Haben Sie den „Standard“ gebeten, die Überschrift richtig zu stellen?

Bauböck: Meiner Erinnerung nach habe ich es im Text ausgebessert, aber die Überschrift geschluckt. Für die meisten Leute klingt es ohnehin mit oder ohne das Wort „wahrscheinlich“ wie eine Prognose. Aber Sozialwissenschaftler sind keine Prognostiker. Sie können die Zukunft nicht vorhersagen, sondern nur mit Wahrscheinlichkeiten operieren. Dabei sind demografische und ökonomische Trends leichter zu schätzen als politische, und die haben sich seit 2015 dramatisch verändert.

WELT: Sie forschen schwerpunktmäßig zu Staatsbürgerschaft und Integration. Eine Ihrer Thesen ist, dass der Zugang zum Wahlrecht nicht der Integration nachgereicht sein sollte. Was meinen Sie damit?

Bauböck: Meine These ist, dass politische Rechte und der Zugang zur Staatsbürgerschaft Katalysatoren für die Integration sind und nicht der krönende Abschluss. Auf kommunaler Ebene halte ich es für sinnvoll, das Wahlrecht von der Staatsbürgerschaft zu entkoppeln. EU-Bürger sind ja auch bei Kommunalwahlen wahlberechtigt, warum sollte das bei Drittstaatsangehörigen anders sein? Auf nationaler Ebene ist es meines Erachtens sinnvoll, das Wahlrecht mit der Staatsbürgerschaft zu verknüpfen, aber Einbürgerung dann auch zu fördern.

WELT: Welche Kriterien sollten für eine Einbürgerung erfüllt sein?

Bauböck: Grundvoraussetzung sollte sein, dass man etwa fünf Jahre in einer Gesellschaft gelebt hat und sich keines kriminellen Vergehens schuldig gemacht hat. Dazu sollten Einkommenskriterien und Sprachkriterien auf einem vernünftigen Niveau angesetzt werden, das nicht schwächere soziale Schichten ausschließt.

In Österreich ist derzeit ein Fünftel der Bevölkerung im wahlfähigen Alter nicht wahlberechtigt, weil sie nicht die Staatsbürgerschaft haben und meist auch die strengen Kriterien für Einbürgerung nicht erfüllen können. In Wien sind das bereits 36 %. Die Demokratie wird durch den blockierten Zugang zur Staatsbürgerschaft immer weniger repräsentativ, was ich für untragbar halte.

In Deutschland sind die Hürden für die Einbürgerung allerdings deutlich niedriger als in Österreich. Außerdem erhalten in Deutschland geborene Kinder automatisch die Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil 5 Jahre rechtmäßigen Aufenthalt hat. In Österreich wachsen diese Kinder als Ausländer in ihrer Heimat auf.

WELT: Ihr Interview ist nun zehn Jahre her. Glauben Sie, wir werden in 2035 Merkel dankbar sein?

Bauböck: Dazu mache ich keine Prognose, weil wir nicht einmal wissen können, wie die demografische Entwicklung bis dahin weiterlaufen wird, die in Europa primär von der Öffnung für Migration abhängt.

Der unvorsichtige Teil meines Zitats bestand darin, nicht gleich dazu zu sagen, dass die Dankbarkeit gegenüber Angela Merkel auch von der politischen Entwicklung abhängig sein würde. In vielen Staaten Europas gibt es die Gefahr, dass extreme rechte Parteien an die Macht kommen und ihre Länder ähnlich wie Trump und Orban gegenüber Einwanderung abschotten, mit sehr negativen demografischen und ökonomischen Auswirkungen. Europa würde dann noch weiter in Bedeutungslosigkeit auf globaler Ebene versinken.

Friedrich Steffes-lay ist Redakteur im Ressort Nachrichten & Gesellschaft und schreibt über politische Themen, vor allem Verteidigung, Sicherheit und Social Media.

so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>